

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen***Bildungspolitik braucht verlässliche Kooperation von Bund und Ländern***

Der bei der Föderalismusreform vorgesehene Rückzug des Bundes aus der Verantwortung für das Bildungswesen ist bei einer Anhörung im Rechtsausschuss des Bundestages auf massive Gegenwehr gestoßen.

Mehrere große Bildungsorganisationen haben deutliche Korrekturen gefordert.

Das Reformvorhaben sieht vor, dass Bund und Länder mit Ausnahme der gemeinsamen Beteiligung an internationalen Vergleichsstudien in Zukunft nicht mehr zur Sicherung der Leistungsfähigkeit des Bildungswesens zusammenwirken können. In der Kritik steht vor allem das geplante Kooperationsverbot von Bund und Ländern in der Bildung, das Sonderprogramme und Finanzhilfen des Bundes, etwa zum Ausbau der Ganztagschulen, nahezu unmöglich machen würde.

Es gibt eine hohe politische Verantwortung, gute Rahmenbedingungen für die Entwicklung des Bildungsbereiches zu schaffen. Falsche Weichenstellungen – auch verfassungsrechtlicher Art – könnten zu einer Verschärfung regionaler Ungleichheiten und einer Zunahme sozialer Ungerechtigkeit beim Zugang zu Bildung und Beschäftigung führen. Bund und Länder sollten bei der Bildung auch künftig eng kooperieren, um das deutsche Bildungswesen qualitativ weiterzuentwickeln. Das Erziehungs- und Bildungswesen ist angesichts der Bedeutung für die Gesellschaft nicht für eine strikte Trennung von Bundes- und Landeskompetenzen geeignet.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, in den weiteren Verhandlungen intensiv darauf hinzuwirken, dass

- die Kooperationsmöglichkeiten von Bund und Ländern im Bereich Bildung erhalten bleiben,
- insbesondere gemeinsame Initiativen von Bund und Ländern zur Verbesserung des Bildungssystems weiterhin möglich sind und entsprechende Instrumente vorhanden bleiben. Damit der Bund auch in Zukunft im Rahmen befristeter Modellfinanzierung an der Entwicklung des Bildungswesens mitwirken kann,
- mit dem Bund eine gemeinsame verbindliche Verständigung über die Inhalte von Bildung und Erziehung erreicht wird.

Anja Stahmann, Jan Köhler,
Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen